

# Krankenhauspolitische Geisterfahrt

Während die Gesundheitsminister der Länder und die Krankenhausverbände auf einen Vorschlag für einen tragfähigen Kompromiss vom Minister in Sachen Krankenhausreform warteten, der die zukünftige Krankenhausplanung, die finanzielle Sicherung der angesichts der dringenden Nöte der Kliniken und die Transformation der Reform regelt, verkündete **Karl Lauterbach** bei der Gesundheitsministerkonferenz Ende Januar: Die Länder bleiben außen beim geplanten Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz. Der Bundesminister will das KHVVG so gestalten, dass es nicht mehr der Zustimmungspflicht durch die Länder im Bundesrat unterliegt.

In der Bund-Länder-Sitzung im November 2023 hatte Lauterbach noch angekündigt, dass die damals diskutierten Änderungen am Gesetzentwurf zur Krankenhausreform in einen neuen Arbeitsentwurf den Ländern zur Prüfung bis zum 1. Dezember 2023 vorgelegt würden.

Statt mit den Krankenhäusern, mit Praktikern der Kliniken, Ländern und Verbänden gemeinsam an einer Reform zu arbeiten und Lösungen für die dringenden Probleme der Gesundheitsversorgung zu finden, will Karl Lauterbach nun auch die für die Krankenhausplanung zuständigen Bundesländer nicht mehr einbeziehen.

Es ist die konsequente Fortsetzung seines Politikstils: Der Bundesgesundheitsminister lässt die Betroffenen außen vor und schmätzt sie stattdessen als Lobbyisten. Die Arbeit der Kliniken wird verunglimpft: Es mangle an Qualität, die Arbeit sei nicht vom Patientenwohl, sondern vor allem von ökonomischen Interessen geleitet.

Erfolgreich ist dieser Stil nicht: Akute Probleme bleiben ungeklärt. Klinik-Insolvenzen häufen sich in beängstigendem Maße. In allen Bereichen des Gesundheitswesens herrscht Frust. Ärzte, Pflegeverbände und Apotheker sind enttäuscht und fühlen sich im Stich gelassen. Nicht nur Kliniken, auch Niedergelassene Praxen arbeiten am Limit, bei hunderten Medikamenten sind Lieferengpässe zu verzeichnen. Reformstau lähmt das gesamte Gesundheitssystem. Als Erfolg verzeichnet Karl Lau-



Auf einer „krankenhauspolitischen Geisterfahrt“ sieht Ates Gürpınar (MdB, Die Linke) den Bundesgesundheitsminister. Foto: Olaf Krostitz/Fraktion die Linke

terbach die Legalisierung von Cannabis. Kliniken und Ärzte wird das nicht beruhigen.

Auf einer „krankenhauspolitischen Geisterfahrt“ sieht **Ates Gürpınar** (MdB, Die Linke) den Bundesgesundheitsminister. Mit seiner Ankündigung, die Krankenhausreform im Alleingang durchziehen zu wollen, trete Lauterbach dabei „noch einmal kräftig aufs Gaspedal“: „Trotz der aktuellen Konflikte um das Transparenzgesetz will Lauterbach wieder mit dem Kopf durch die Wand – die beim Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz auch noch deutlich dicker ist. Und das alles für eine schlechte Reform, mit der die Probleme der Krankenhausfinanzierung nicht im Ansatz gelöst würden. Niemand sägt gerade kräftiger am Stuhl des Gesundheitsministers als der Gesundheitsminister selbst“, sagt Gürpınar, der für die Fraktion Die Linke im Bundesgesundheitsausschuss sitzt.

Der Berichterstatter der Grünen-Bundestagsfraktion für Krankenhauspolitik, **Prof. Dr. Armin Grau**, ist optimistisch, „die Krankenhausreform trotz der Widerstände hinzubekommen“. Seine Prognose: „Wir werden eine Krankenhausreform bekommen, weil wir sie ganz dringend benötigen.“

Der aktuelle Plan des Gesundheitsministers, ein zustimmungsfreies Gesetz vorzubereiten, sei eine durchaus erfolgversprechende Option. „Das ist ein gangbarer Weg zum Ziel – mit Vor- und Nachteilen“, sagte Grau im Rahmen eines „Gesprächskreises Gesundheit“ des Bundesverbandes Medizintechnologie (BVMed) am 31. Januar 2024 in Berlin.

## Länder: Wortbruch statt konstruktiver Zusammenarbeit

**Matthias Blum**, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW), bringt es auf den Punkt: Er warnte den Minister davor, die verfassungsrechtlich verbriefte Zuständigkeit der Bundesländer für die Krankenhausplanung aushebeln zu wollen. „Wir erleben es seit zweieinhalb Jahren, dass der Bundesgesundheitsminister seine Politik ohne Rücksicht auf Arztpraxen, Apotheken und Krankenhäuser plant. Jetzt stellt er sich auch noch trotzig gegen die Länder und damit gegen die Verfassung, indem er seine ideologische Linie mit aller Gewalt durchsetzen will. Die Patientinnen und Patienten werden die Verlierer dieses Kurses sein, weil sie in einem Land mit einer drastisch zusammengeschmolzenen Krankenhausversorgung aufwachen werden. Denn es ist derselbe Minister, der schon jetzt achselzuckend den kalten Strukturwandel bei den Krankenhäusern befördert.“

NRW-Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) ist überzeugt: „Eine Krankenhausreform, die für die Patientinnen und Patienten eine flächendeckend qualitativ gute Versorgung sicherstellt, muss von Bund und Ländern gemeinsam erarbeitet werden.“ Bund und Länder müssten ihre jeweiligen Expertisen in Finanzierungs- und Planungsfragen auf Augenhöhe in den



Die Ankündigung Karl Lauterbachs, das Krankenhausgesetz ohne Zustimmungspflicht der Länder auszugestalten, käme einem Wortbruch gleich und würde das gegenseitige Vertrauen erschüttern, sagt NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU). Foto: Land NRW/Ralph Sondermann

Prozess einbringen können. „Ich erwarte vom Bundesgesundheitsminister, auf den gemeinsamen Weg mit den Ländern zurückzukehren und die bisherige Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. Das Gesetz streift landesrechtliche Regelungsbereiche und ist zustimmungspflichtig“, so Laumann. Die Ankündigung Lauterbachs, das Krankenhausgesetz so zu gestalten, dass es nicht mehr zustimmungspflichtig wäre, käme einem Wortbruch gleich und würde das gegenseitige Vertrauen erschüttern.

Lauterbach hofft, dass der Bundesrat das Transparenzgesetz am 22. März behandelt. NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) hatte stellvertretend für die unionsgeführten Länder gemahnt: Zustimmung gebe es nur, wenn der Bund die Finanzierung sichere und die Planung Ländersache bleibe.

Mit der Ankündigung, das KHVVG entgegen aller bisherigen Zusagen als im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig auszugestalten, kündigte er einen Grundpfeiler der Zusammenarbeit an dem Reformvorhaben auf, sagt Bayerns Gesundheitsministerin **Judith Gerlach (CSU)**. „Er möchte den Bundesrat und damit die Länder im Gesetzgebungsverfahren so weit es geht aushebeln. Das wäre ein klarer Bruch der bisherigen Verabredungen. Verlässlichkeit sieht aus meiner Sicht anders aus. Ich erwarte, dass der Bund sich an getroffene Absprachen hält“, so die Ministerin. Mit seiner 180°-Wende in Sachen Zustimmungspflicht des KHVVG knüpfte Lauterbach nahtlos an die Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Ländern beim Krankenhaustransparenzgesetz an. „Dazu hat der Bundesminister angekündigt, seinen Entwurf jetzt einfach durchzuziehen, ohne sich im Vermittlungsausschuss auch nur ansatzweise mit den mehr als berechtigten Einwänden der Länder befassen zu wollen. Von Kompromissbereitschaft also auch hier keine Spur.“

Die Gesundheitsministerin Thüringens, **Heike Werner** (Die Linke), zeigt sich überrascht: „Unsere bisherige Arbeitsgrundlage war stets ein zustimmungspflichtiges Gesetz. Da uns bislang kein aktueller Gesetzentwurf vorliegt, können wir diese Ent-



Einen klaren Bruch der bisherigen Verabredungen sieht Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) in der Ankündigung, das KHVVG entgegen aller bisherigen Zusagen als im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig auszugestalten. „Verlässlichkeit sieht anders aus. Ich erwarte, dass der Bund sich an getroffene Absprachen hält“, so die Ministerin. Foto: Anne Hufnagl, StMG

scheidung inhaltlich nicht nachvollziehen. Es besteht jedoch weiterhin kein Zweifel daran, dass wir diese Krankenhausreform dringend brauchen. Eine tragfähige Krankenhausplanung für Thüringen kann nicht ohne Berücksichtigung zukünftiger Bundesvorgaben erfolgen. Wir setzen daher weiter auf eine konstruktive Zusammenarbeit in der Sache.“

Durch das vorgezogene Transparenzgesetz hätten sich die Arbeiten am eigentlichen Vergütungsreformgesetz verzögert und das gesamte Gesetzgebungsverfahren sei ins Stocken gekommen. „Es spricht nichts gegen mehr Transparenz“, so die Ministerin. Jedoch würden die Parameter für die Einteilung der Leistungsgruppen erst mit der eigentlichen Vergütungsreform festgelegt: „Der Bundesgesundheitsminister hat den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht. Das Transparenzgesetz nimmt die eigentliche Reform vorweg und schafft durch die Nutzung noch nicht fertiger Parameter eher Verwirrung als Aufklärung. Die Länder haben im Bundesrat daher den Vermittlungsausschuss dazu angerufen.“

Selbst Niedersachsens Gesundheitsminister, **Andreas Philippi**, Sozialdemokrat wie Lauterbach, sieht den Stand der Reform ebenfalls skeptisch. „Bisher haben wir immer noch keinen Entwurf für das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz vorliegen. Diese Tatsache ist an sich schon misslich, weil die dringend notwendige Reform damit immer weiter nach hinten rückt.“

Der Bund sei zwar zuständig für die Finanzierung des Betriebs der Krankenhäuser und könne insoweit grundsätzlich Gesetze erlassen. Die Zustimmungspflicht trete ein, wenn das Gesetz in die Planungshoheit der Länder eingreife. „Das ist unstrittig der Fall bei den geplanten Rechtsverordnungen, die daher alle zustimmungspflichtig sein werden“, so Philippi. Ob es verfassungsrechtlich zulässig sei, die wesentlichen Regelungsinhalte allein in Rechtsverordnungen abzubilden, sei zumindest zweifelhaft, lasse sich aber erst abschließend beurteilen, wenn ein schriftlicher Gesetzesentwurf vorliege. „Ich halte es für elemen-



„Ich halte es für elementar, dass die Planungshoheit der Länder nicht gefährdet werden darf, das muss meiner Ansicht nach gesetzlich klargestellt sein. Da werden die Länder auch drauf achten und Übergriffigkeiten nicht akzeptieren“, so der niedersächsische Gesundheitsminister Andreas Philippi (SPD). Foto: Nds.Sozialministerium

tar, dass die Planungshoheit der Länder nicht gefährdet werden darf, das muss meiner Ansicht nach gesetzlich klargestellt sein. Da werden die Länder auch drauf achten und Übergriffigkeiten nicht akzeptieren“, so der niedersächsische Gesundheitsminister.

Dass der Reformprozess insgesamt ins Stocken gekommen sei, liege nicht nur an der fehlenden Vorlage des Gesetzentwurfes, sondern auch an der Verknüpfung mit dem Transparenzgesetz. Philippi: „Das Transparenzgesetz steht zu Recht inhaltlich in der Kritik, ist aber verbunden mit einer Protokollerklärung zur Finanzierungsverbesserung für die Krankenhäuser. Wir sollten es daher schnellstmöglich über die Bühne bringen – zusammen mit der Protokollerklärung. Das muss als Paket auf den Weg. Priorität hat die Stabilisierung der Krankenhäuser, damit wir überhaupt noch eine gute Versorgungsstruktur haben, wenn die Krankenhausreform wie geplant in den nächsten Jahren

greifen sollte. Wir stehen also derzeit an einem Scheideweg bei den Reformprozessen. Ich kämpfe weiter für echte Ergebnisse. Die Zukunft des Gesundheitswesens eignet sich nicht für parteipolitisches Klein-Klein. Die Menschen erwarten zu Recht Lösungen.“

### Kliniken fordern Minister Lauterbach zum gemeinsamen Handeln auf

Mit einem gemeinsamen Aufruf fordern die Deutsche Krankenhausgesellschaft, die Landeskrankenhausesellschaften und zahlreiche Krankenhausträgerverbände Bundesgesundheitsminister Lauterbach auf, die Krankenhausreform mit Blick auf eine gesicherte Patientenversorgung in Deutschland und gemeinsam mit den Bundesländern und den Krankenhausträgern voranzutreiben. Die Krankenhäuser kritisieren darüber hinaus, dass Lauterbach, statt die Reform ernsthaft umzusetzen, die Kliniklandschaft in aus seiner Sicht gute und schlechte Krankenhäuser spalte, den Ländern die Planungshoheit für die Krankenhäuser entziehe und den kalten Strukturwandel mit immer mehr Insolvenzen tatenlos zur Kenntnis nehme.

Mit der Ankündigung, seine heftig umstrittene Krankenhausreform nun im Alleingang ohne die Bundesländer durchzuziehen, gefährde Bundesgesundheitsminister Lauterbach langfristig die sichere Versorgung der Patientinnen und Patienten.

### „Gezielt kaputt reguliert“

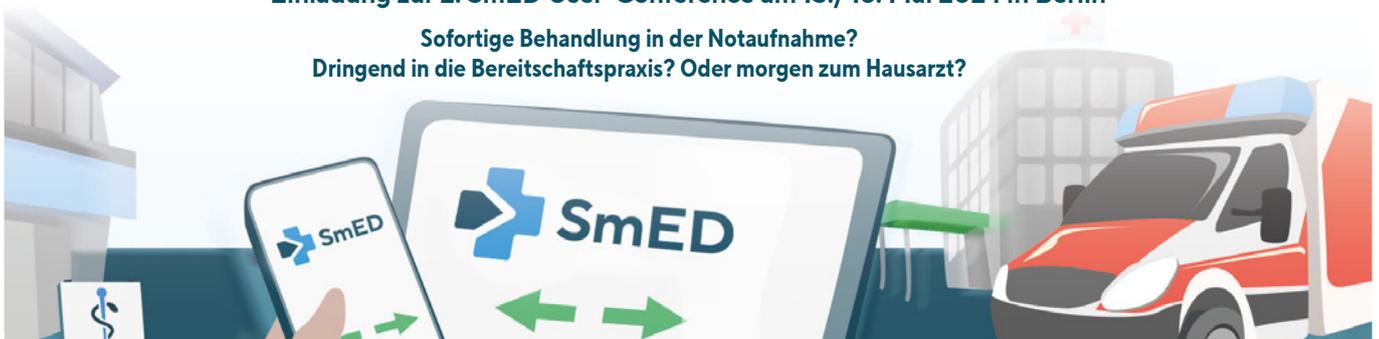
Die aktuelle Situation sei das Ergebnis jahrelanger parteiübergreifender Versäumnisse und Problemverlagerungen in die Zukunft. Jetzt ist diese Zukunft Gegenwart geworden, die Probleme nehmen an Zahl und Umfang weiter zu und Lösungen sind in noch größere Ferne gerückt. Systemrelevante und demokratie-stärkende Grundpfeiler unserer Gesellschaft wie das Bildungs- und Gesundheitssystem würden nicht zufällig, sondern gezielt kaputt reguliert, so der Bundesverband Ambulantes Operieren in seinem Positionspapier 2024. ▶

— Anzeige —

## Strukturierte medizinische Ersteinschätzung in Deutschland (SmED)

Einladung zur 2. SmED User-Conference am 15./16. Mai 2024 in Berlin

Sofortige Behandlung in der Notaufnahme?  
Dringend in die Bereitschaftspraxis? Oder morgen zum Hausarzt?



Lernen Sie SmED und seine Anwendungsbeispiele aus der Praxis näher kennen und kommen Sie zur 2. SmED User-Conference!

Programm und kostenfreie Anmeldung unter [smed.zi.de](https://smed.zi.de)



### Herr Minister Lauterbach, wachen Sie auf!

Sie sind kein Revolutionär, und das Land braucht keine Revolutionen. Sie sind der deutsche Gesundheitsminister und verantwortlich dafür, dass die Gesundheitsversorgung nicht aus den Fugen gerät. Kehren Sie zurück auf den Boden der Realität und kümmern Sie sich um die berechtigten Anliegen der Menschen auch in den ländlichen Regionen.

### Herr Minister Lauterbach, hören Sie auf!

Beenden Sie Ihre Kampagnen gegen Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in deutschen Krankenhäusern. Hören Sie auf, die Qualität in der Versorgung schlechtzureden. Hören Sie auf, das Vertrauen der Menschen in das deutsche Gesundheitswesen zu zerstören. Hören Sie auf, Krankenhäuser in gute und schlechte Standorte zu spalten und gegeneinander auszuspielen.

### Herr Minister Lauterbach, kehren Sie um!

Kehren Sie an den Verhandlungstisch zurück, denn die Krankenhausplanung ist verfassungsrechtlich bei den Bundesländern angesiedelt. Kehren Sie um von Ihrem zentralistischen Weg hin zu einem echten Beteiligungsprozess mit den Ländern und den Krankenhausträgern. Herr Minister Lauterbach, fangen Sie an!

Fangen Sie an, andere Meinungen zu respektieren, Fakten anzuerkennen und die Experten aus der Versorgungspraxis und der Selbstverwaltung zu beteiligen. Nur so kann ein Reformergebnis erzielt werden, das auch in der Realität für die Weiterentwicklung der Patientenversorgung taugt.

### Herr Minister Lauterbach, handeln Sie jetzt!

Handeln Sie jetzt, indem Sie die Bundesratsinitiative zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser aufgreifen und umsetzen. Sie als sozialdemokratischer Gesundheitsminister und die gesamte Bundesregierung aus SPD, Grü-

nen und FDP sind verantwortlich für das weitere Krankenhaussterben und die wirtschaftliche Notlage der Kliniken. Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht, handeln Sie.

Wir stehen für 1,2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern. Wir haben keine Traktoren oder Lokomotiven, und wir werden auch nicht in mehrtägigen Streiks oder Blockaden die Versorgung der Patientinnen und Patienten vernachlässigen. Denn wir tragen ganz konkret die Verantwortung für die Krankenhausversorgung von mehr als 84 Millionen Menschen. Das ist auch Ihre Aufgabe, werden Sie ihr gerecht, Herr Minister Lauterbach.

Diesen Aufruf unterstützen:

- Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e. V.
- Bayerische Krankenhausgesellschaft e. V.
- Berliner Krankenhausgesellschaft e. V.
- Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V.
- Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e. V.
- Hamburgische Krankenhausgesellschaft e. V.
- Hessische Krankenhausgesellschaft e. V.
- Krankenhausgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Niedersächsische Krankenhausgesellschaft e. V.
- Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen e. V.
- Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e. V.
- Saarländische Krankenhausgesellschaft e. V.
- Krankenhausgesellschaft Sachsen e. V.
- Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt e. V.
- Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein e. V.
- Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e. V.
- Bundesverband Deutscher Privatkliniken e. V.
- Deutscher Evangelischer Krankenhausverband e. V.
- Katholischer Krankenhausverband Deutschland e. V.
- Verband der Krankenhausedirektoren Deutschlands e. V.
- Verband leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte e. V.

Statt einer Krankenhausreform erleben wir eine regelrechte Destruktion der Kliniklandschaft ohne Berücksichtigung des lokalen und regionalen Bedarfes an medizinischer Versorgung, heißt es vom BAO. Zeitgleich dünne sich das ehemals wohnortnahe und flächendeckende Haus- und Facharztnetz zunehmend aus.

### VLK: Verfehltes Krisenmanagement von Minister Lauterbach

PD Dr. Michael Weber, Präsident des Verbandes leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte e. V. (VLK), wirft Karl Lauterbach „verfehltes Krisenmanagement“ vor. Der Minister spreche von Qualität, regele aber nicht die finanziellen Nöte der Kliniken, wolle aber gleichzeitig die Krankenhausplanung nach Berlin verlegen.

Ein Weg wäre, so der VLK-Präsident, sich primär auf qualitätssichernde und die Liquidität verbessernde Maßnahmen zu beschränken. Die Zuteilung der Leistungsgruppen könne dann gemeinsam mit den Ländern im Referentenentwurf zum KHVVG geregelt werden.

Der VLK-Präsident bezweifelt indes, dass Lauterbach überhaupt noch einen Kompromiss mit den Ländern anstrebe und fragt: „Welche Rolle spielen der Kanzler und sein Bruder Jens Scholz, der Vorsitzende des Verbandes der Universitätskliniken, und zu wessen Nutzen in diesem Verfahren? Wie lange sehen die beiden noch zu, dass keine Einigung zustande kommt?“ Dazu sollten alle Beteiligten – auch die der Selbstverwaltung – endlich mit an den Tisch geholt werden.“

Katrin Rüter